

Systemfehler:

Die Krise verstehen – und politisch handeln

Krisenhafte Entwicklungen in unseren Gesellschaften treten immer deutlicher zu Tage und manifestieren sich nicht nur in einer Krise der Ökonomie. Viele sprechen von einer multiplen oder einer Vielfachkrise, die auch die Bereiche der Reproduktion, der Ökologie, der Demokratie, der Bildung, der Geschlechter- oder Generationenverhältnisse erfasst. Das gegenwärtige Krisenmanagement durch Staat und Markt zielt an diesen Dimensionen aber vorbei und gerät in Kritik, weil dieselben Mechanismen – zum Teil noch verschärft – wie vor der Krise von 2008 verfolgt werden. Daraus resultiert nicht nur eine wachsende Arbeitslosigkeit, denn obwohl diverse Prognosen regelmäßig eine Besserung der Situation versprechen, erweisen sie sich dann immer wieder als Fehldiagnosen. Wesentliche Folge der Sparpolitik ist auch, dass die politische und wirtschaftliche Macht der ArbeitnehmerInnen fortlaufend und nachhaltig geschwächt wird und die Lebensbedingungen eines Großteils der Menschen als nachrangig behandelt werden.

Insofern gilt es heute über eine Neuordnung der Prioritäten in der Wirtschaftspolitik zu diskutieren, die an der sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe aller Menschen und am Allgemeinwohl orientiert sein müssen. Denn unter den gegenwärtigen Bedingungen haben immer mehr Menschen kaum noch Perspektiven auf eine Integration in die Gesellschaft und werden als „Überflüssige“ an den Rand gedrängt. Das wirft für demokratische Gesellschaften enorme Probleme auf, da politische Teilhabe und demokratische Entwicklung ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung von Ressourcen und Macht brauchen. Ansonsten besteht die Gefahr von verschärften gesellschaftlichen Spaltungen, die den sozialen Zusammenhalt unterminieren.

Lösungsstrategien für die gegenwärtigen Krisen müssen sich aber von jenen des 20. Jahrhunderts unterscheiden, waren diese doch sehr eng an ökonomisches Wachstum gekoppelt. Heute besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass der Ressourcenverbrauch der vergangenen Jahrzehnte nicht ungemindert fortgesetzt werden kann. Neben den sozialen, treten auch die ökologischen Grenzen des Wachstums immer deutlicher in den Vordergrund. Vor dem Hintergrund einer „Krise der Reproduktion“ sind auch Strategien gefragt, wie bei zunehmender Erwerbsbeteiligung Sorge- und Erziehungsaufgaben neu organisiert werden

müssen. Das bedeutet zum einen, dass eine stärkere Vergesellschaftung gefordert ist und zum anderen über Arbeitszeitreduktion nachgedacht werden muss.

Ganz im Sinn des Titels der Veranstaltungsreihe „Die Krise verstehen – und politisch handeln“ ist es Ziel der Vorträge und Diskussionen sowohl Analysen als auch Lösungsstrategien für die gegenwärtigen krisenhaften Entwicklungen in unserer Gesellschaft zu diskutieren und aufzuzeigen.